

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 58 (1964)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : Präsident Johnsons Weg ; Auflockerung in Berlin? ; Die Sowjetunion und der Westen ; Südostasien im Umbruch ; Kolonien werden Staaten ; Von Zypern zum Friedenspakt

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ganz zu Unrecht allerdings im Falle Royces, denn er hat auf das Drängen hochgestellter Freunde seiner Familie versucht, einiges über das Abwehrsystem der Sowjets in Erfahrung zu bringen. Wie er schließlich trotz solcher Betätigung mit seiner Familie heil aus Rußland herauskommt, um die Erfahrung reicher, daß auch die Russen, wo sie sich nicht dem Diktat einer beschränkten Bürokratie fügen müssen, ein offenes Gespräch lieben und Vertrauen entgegenbringen, wo sie allem bösen Schein zum Trotz Grund genug haben, guten Willen annehmen zu dürfen — das alles wird in einer meisterhaften Schlußszene gezeigt, die, mehr als nur ein «happy end» anzudeuten scheint, daß der Autor eine Entspannung zwischen Ost und West nicht nur erhofft, sondern durch sein Werk anzubahnen sucht. Dafür darf man ihm dankbar sein.

P. F.

WELTRUNDschau

Präsident Johnsons Weg Krieg oder Frieden — das bleibt die große Frage für die *amerikanische Weltpolitik* auch unter Präsident *Johnson*. Werden die Vereinigten Staaten den verhängnisvollen Weg — gewaltsame Zurückwerfung, ja Zerschlagung des Kommunismus — weitergehen, den ihre Regierung wenige Tage nach Roosevelts Tod eingeschlagen und unter Truman, Eisenhower-Dulles und Kennedy folgerichtig fortgesetzt hat? Oder bereitet sich jetzt die *Abkehr* von diesem Weg vor, die nach unserer festen, aus langer Beobachtung und Erfahrung gewonnenen Überzeugung eine entscheidende Voraussetzung für die Verhinderung eines dritten Weltkrieges ist?

Die Zeichen für eine solche Schwenkung stehen nicht von vornherein ungünstig. Der neue Präsident hat am 17. Dezember vor den Vereinten Nationen eine Rede gehalten, die sich ausgezeichnet liest. Sich auf Roosevelt berufend, mit dem er seinerzeit eng zusammenarbeitete, erklärte es Johnson als seinen Willen, auch in der Welt draußen «ein neues Zeitalter der Hoffnung» heraufführen zu helfen, um «überall die alten Feinde der Menschheit — Hunger, Krankheit und Unwissenheit zu besiegen». Die Vereinigten Staaten, so versicherte er, wollen «ein für allemal» den Kalten Krieg beendet sehen, die weitere Ausbreitung des Besitzes von Kernwaffen verhindern, die Rüstungskontrolle und -verminderung befördern und so «den Frieden bewahren und die Zukunft retten».

Wunderbare Verheißungen! Aber wie bei Kennedy, der ähnlich zu reden pflegte (wenn auch in seinen Kundgebungen immer wieder das Grundthema vom Kampf der «freien» Welt gegen den «versklavten und versklavenden Kommunismus» aufklang), stellt sich auch bei seinem Nachfolger die Frage, ob seine Entschlossenheit, den Kalten Krieg zu überwinden, fest genug sei, um die mächtigen Widerstände zu brechen, die sich ihm dabei im eigenen Lager entgegenstellen. Diese Widerstände wurzeln alle in der Überzeugung, daß (wie es der fran-

zösische Außenminister Couve de Murville an der jüngsten Tagung des Atlantikrats ausdrückte) «die Entspannung einzig und allein von der Sowjetunion abhängen und der Westen wenig tun könne, um sie herbeizuführen» — außer natürlich, daß er seine Kriegsrüstungen auf dem höchstmöglichen Stand halten könne und müsse. Der amerikanische Außenminister Rusk unterstrich diese Behauptung mit dem Hinweis darauf, daß «weder Moskau noch Peking ihr Ziel der (gewalt-samen) Weltrevolution aufgegeben» hätten und Berlin wie Kuba und Südostasien Gefahrenherde bildeten, aus denen die Flammen jederzeit herauschlagen könnten. Die Beobachtung und Förderung von Schwierigkeiten, die den kommunistischen Staaten in ihrem eigenen Schoße erwachsen, stellt darum gegenwärtig eine Hauptbeschäftigung der westmächtlichen Regierungen dar, die sich ein Hinauskommen über den Kalten Krieg nur so denken können, daß die Sowjetunion (und China) auf irgendeine Art, mit irgendwelchen Mitteln, für die «freie» Welt und ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unschädlich gemacht werde. Und gerade jetzt, so glaubt man im Westen, biete sich dazu eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit.

Die Überlegung geht etwa so (wir folgen dabei zwei sehr aufschlußreichen redaktionellen Artikeln in «US News & World Report» vom 22. und 30. Dezember): Die Sowjetunion erlebt gegenwärtig ihre schlimmste Wirtschaftskrise seit Chruschtschews Aufstieg zur Macht. Der Weizenantrag in den neuerschlossenen Gebieten ist der niedrigste je festgestellte; er reicht nicht einmal aus, um diese Gebiete selber zu versorgen. In der ganzen kommunistischen Welt steht ein besonders harter Winter bevor. In Rußland, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und der DDR — überall herrscht Mangel am Notwendigen, namentlich an Lebensmitteln und elektrischer Kraft. Die Preise müssen in der Sowjetunion neuerdings erhöht werden. Der Wohnungsbau ist ungenügend. Die versprochenen Lohnerhöhungen müssen verschoben werden. Der Ostblock als Ganzes weist gefährliche Risse auf. Mao Tse-tung verlangt den Kopf Chruschtschews. Im Kreml selbst hat Chruschtschew seine Feinde; schließlich ist er auch bald siebzig — «ein sehr reifes Alter für einen Diktator». Auf jeden Fall ist sein Traum, die Sowjetunion werde innert kurzer Frist die Vereinigten Staaten überholen, gründlich zerstört. Er schmiedet zwar schon wieder große Wirtschaftspläne und hofft sogar, Amerika und der Westen überhaupt werde sie ihm finanzieren helfen. Hat aber der Westen irgendwelchen Vorteil von solch einem Geschäft? Möglich; die Aussicht, Milliarden Dollars durch die Lieferung von Industrieanlagen und technischen Ausrüstungen zu verdienen, bietet sich nicht jeden Tag. «Wird aber Chruschtschew», so fragt die erwähnte amerikanische Wochenschrift, «den Vereinigten Staaten und dem Westen politische Zugeständnisse machen als Gegenleistung dafür, daß sie ihn heraushauen? Wird er Castro trockenlegen und die Berliner Mauer niederreißen? Bis jetzt liegen noch keinerlei Zeichen dafür vor. Wenn

aber der Westen Chruschtschew rettet, ohne ihn einen politischen Preis dafür zahlen zu lassen, wird er wohl die beste Gelegenheit verpassen, die sich ihm seit Beginn des Kalten Krieges geboten hat.»

Es ist also ein politisches Erpressungsmanöver größten Stils, das die hinter «US News» stehenden Kreise hier anregen! Nur ist, wie das Blatt ganz richtig andeutet, die Aussicht gering, daß sich die Regierung von Washington auf einen derartigen Versuch einlassen wird, die Sowjetunion endlich doch auf die Knie zu zwingen.

Auflockerung in Berlin? Nicht einmal Kennedy, der doch mit seiner Kriegsdrohung in der Kubafrage die Sowjetunion so bitter gedemütigt hat, würde ein solches Abenteuer gewagt haben, kannte er doch genau die Grenze, bis zu der Moskau in der Nachgiebigkeit gegenüber amerikanischem Druck zu gehen gewillt ist; und Johnson wird dem Drängen der Scharfmacher sicher noch weniger nachzugeben bereit sein, nicht nur weil 1964 ein Wahljahr ersten Ranges ist. Auch der neue Präsident lehnt natürlich das, was man in der Sowjetunion unter Koexistenzpolitik versteht, entschieden ab: die Anerkennung des heutigen Machtbereiches der kommunistisch regierten Staaten und im besonderen die Grenzziehung in Osteuropa, wie sie sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben hat. «Johnsons Antikommunismus», so schrieb kürzlich der «National Guardian» (Neuyork, 5. Dezember 1963), «ist nicht von der feineren Art, die Kennedy und seine Ratgeber zur Schau trugen . . . Wie Truman, so ist auch Johnson Antikommunist, weil Kommunismus nicht-amerikanisch oder einfach unamerikanisch ist.» Aber offenbar hält er es mindestens vorläufig für untunlich, die Russen so grob vor den Kopf zu stoßen und all ihre nationalen Gefühle so zynisch herauszufordern, wie man es ihm mit der Anregung zumutet, Moskau gegen Gewährung wirtschaftlicher Hilfe zur Annahme der amerikanischen «Friedensbedingungen» zu zwingen und so den Kalten Krieg zu gewinnen. Johnson scheint sich vielmehr in seiner Europapolitik alle Türen offenhalten zu wollen und mit Chruschtschew ein anständiges Auskommen zu suchen, solange die Lage in Mittel- und Osteuropa so undurchsichtig ist wie gegenwärtig, und solange namentlich die bedenklich erschütterten Beziehungen der Vereinigten Staaten zu ihren europäischen Verbündeten (NATO, EWG, de Gaulle usw.) nicht wieder in Ordnung gebracht sind. Er stellt sich darum auch betont gut zu der neuen westdeutschen Regierung unter Erhard, die augenscheinlich in einem gewissen Umdenken über ihr Verhältnis zur DDR begriffen ist. Ohne sich sachlich auf eine bestimmte Linie der *Bonner Ostpolitik* festgelegt zu haben, erweckte Johnson bei dem allzu hemdärmeligen Empfang, den er auf seiner Ranch in Texas dem Bonner Kanzler zuteilwerden ließ, in seinen deutschen Gästen doch den Eindruck, daß man auf amerikanischer Seite die Taktlosigkeiten und Anmaßungen Adenauers und seiner Leute vergessen wolle und ein auf-

richtiges Freundschaftsverhältnis mit Westdeutschland erstrebe, das «gleichsam zum tragenden Balken in der Partnerschaft zwischen Europa und Amerika werden» solle.

Auf jeden Fall läßt Washington den politischen Planern der Bundesrepublik freie Hand für die Neugestaltung der Beziehungen zu Ostdeutschland und zu Berlin. Die wenn auch nur zeitweilige, auf drei Wochen befristete Öffnung der Ostberliner Mauer für Westberliner hat tatsächlich eine *Bresche auch in die ganze westdeutsche und Westberliner Boykottpolitik gegenüber der DDR* geschlagen. Die Beziehungen zwischen West- und Ostberlin werden nach den Weihnachts- und Neujahrstagen 1963/64 keinesfalls mehr die gleichen sein wie vorher; ja, die Tatsache, daß Westberlin und Bonn die Ausgabe von Passierscheinen der DDR auf Westberliner Boden dulden mußten, scheint geradezu der Ausgangspunkt für eine neue westdeutsche Berlinpolitik werden zu sollen. Man braucht nur zu lesen, mit welchem Kummer die «Neue Zürcher Zeitung» die Wendung in Berlin kommentiert, um die Dinge zu ahnen, die da kommen werden. Es sei nicht so gegangen, klagt das treu zur «Politik der Stärke» haltende Blatt, wie «manche Beobachter» (!) erwartet hätten, nämlich daß «Pankow» von Bonn zum Nachgeben gezwungen würde; «das politisch bedeutsame Zugeständnis ist vielmehr von Westberlin und Bonn gemacht worden . . . Ulbricht hat einen Erfolg erdauert, an den seine Protektoren im Kreml kaum mehr geglaubt hatten . . . Wie will Bonn seine zwar mit Mühsal verbundene, aber bisher erfolgreiche Politik der diplomatischen Isolierung der Sowjetzone, der Verhinderung ihrer Anerkennung durch Drittstaaten vertreten, wenn es die Politik der Nichtanerkennung faktisch selber kompromittiert? Es dürfte ein schwieriges Unternehmen werden, die Umwelt auf die Formeln der letzten zehn Jahre zu verpflichten und sich gleichzeitig selber davon zu emanzipieren.» («NZZ», Nr. 5418, 31. Dezember.)

Wie im einzelnen die Verhandlungen über Berlin weitergehen werden, ist nicht vorauszusehen; wahrscheinlich aber geht die Entwicklung in der Richtung, daß die Lösung nicht nur der Berlinfrage, sondern der deutschen Frage überhaupt von den Westmächten mehr und mehr den beiden deutschen Staaten selbst überlassen wird, was ja auch nur vernünftig und billig wäre. Ob darüber hinaus auch zwischen den Westmächten und der *Sowjetunion* Gespräche aufgenommen werden, die einer Neutralisierung des mitteleuropäischen Raumes entgegenführen könnten, ist eine andere Frage. Voraussetzung für eine solche Wendung wäre ja, daß die Westmächte, und hier vor allem die Bonner Republik, auf die ganze «Politik der Stärke» verzichten würden, die sie bisher verfolgt haben mit dem Ziel, ein wiedergeeinigtes Deutschland als Rammbock gegen den Ostblock zu benützen. Dafür gibt es aber vorerst kaum ernsthafte Anzeichen, und deshalb ist auch von der Sowjetunion kein Nachgeben zugunsten einer Lösung der deutschen Frage in dem Sinne zu erwarten, wie es der Westen verlangt.

Die Sowjetunion und der Westen Es ist eben wirklich so — wir haben es hier schon oft genug gesagt —, daß «das Deutschlandproblem für die Sowjetunion aus naheliegenden Gründen ein, ja vielleicht *das* weltpolitische Schlüsselproblem ist», wie A. von Boerries in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Dezemberheft) sagt. «Die gegenwärtige sowjetische Außenpolitik wird bestimmt einmal von einem auch in einsichtigen westlichen Kreisen heute nicht mehr angezweifelten Willen zu Entspannung und Koexistenz, zum andern von absoluter Unnachgiebigkeit in der Deutschlandfrage. Unnachgiebigkeit jedenfalls insofern, als Moskau nicht im geringsten daran denkt, sich eine Veränderung des politischen Status quo in Europa zu seinen Ungunsten abzwängen zu lassen. Dieser Status quo — das heißt die Existenz zweier deutscher Staaten — ist vorerst jedenfalls für die Sowjets unantastbar.» Solange nämlich, als ein Einheitsdeutschland mit seiner Riesenarmee — die Bundeswehr ist schon heute die stärkste Militärmacht Westeuropas — eine Lebensgefahr für die Oststaaten darstellen würde.

Das heißt nicht, daß für west-östliche Entspannungsgespräche überhaupt keine ernsthaften Erfolgsmöglichkeiten bestünden. Es *gibt* solche Möglichkeiten, und es scheint, daß sich besonders die britische Regierung — aus parteitaktischen Gründen — bemüht, sie auszunützen, vielleicht schon anlässlich der Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen gegen Ende dieses Monats. Man kann über Wirtschafts-, Kultur- und Sportaustausche reden, man kann über die Verhinderung von Überraschungsangriffen mit Kernwaffen reden, man kann namentlich auch über Berlin reden und weiterführen, was mit den Passierscheinen für Westberliner am Ende des abgelaufenen Jahres begonnen worden ist. Aber in Erwartung einer wirklichen Schwenkung der westdeutschen Ostpolitik wird die Sowjetunion eben unerbittlich darauf bestehen, daß die DDR ihr Schutzschild gegen den Westen bleibt und nicht eines Tages amerikanische Divisionen an Oder und Neiße anrollen.

Daran ändert auch das Bestreben der Sowjetunion nichts, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die einer gemeinsamen russisch-amerikanischen Friedenspolitik im Weg stehen. Der «Zug nach dem Westen» ist gewiß in der Sowjetunion sehr stark, nicht nur bei den Politikern, sondern auch in der Bevölkerung. Und entsprechend schwach sind weithin die in der Wirtschaftsform und der ganzen Gesellschaftsordnung liegenden Gegensätze geworden, die den Durchschnittsrussen vom bürgerlich-kapitalistischen Westen trennen. «Die Sowjetunion», so schreibt Konni Zilliacus, der ausgesprochen links stehende britische Labourabgeordnete, in der «Monthly Review» (Dezember 1963), «die Sowjetunion ist nicht mehr eine revolutionäre, sondern eine nachrevolutionäre Gesellschaft, die ihr volles Maß von Krieg, Gewalttätigkeit, Unterdrückung und Tyrannei unter dem Stalinismus gehabt hat und Angst vor einem Atomkrieg hat. Man sollte

nie vergessen, daß die russische Revolution am 7. November dieses Jahres ihren 46. Geburtstag gefeiert hat. Wer heute 55 Jahre alt ist, war damals erst neun; die Revolution ist für ihn nur eine unklare Kindheitserinnerung. Für alle, die weniger alt sind — und das ist die große Mehrheit des Sowjetvolkes — ist die Revolution nur etwas, das in den Geschichtsbüchern steht oder das sie in Filmen gesehen oder von ihren Eltern gehört haben.» Aber wenn auch, wie Zilliacus weiter bemerkt, die Russen «eine nachrevolutionäre Weltmacht sind, die mehr um den Weltfrieden besorgt ist als an der Förderung von Revolutionen in anderen Ländern», so verkennt weder das Sowjetvolk noch seine Regierung einen Augenblick die Feindseligkeit, von der die kapitalistischen Oberklassen, ja breite Volksschichten in den westlichen Ländern und namentlich in Westdeutschland gegenüber dem «roten Rußland» angesichts der von ihm drohenden Gefahr einer Ausbreitung des Sozialismus erfüllt sind. Friedliche Koexistenz — jawohl, so forderte Chruschtschew auch in einem Neujahrsgespräch mit einem amerikanischen Presseemann wieder. Die Sowjetunion, so sagte er, brauche den Frieden, um ihre «grandiosen Wirtschaftspläne» zu verwirklichen; aber daß sie trotz einer abermaligen Herabsetzung ihrer Rüstungsausgaben für alle Fälle kriegsbereit sein müsse, das geben ihre Führer mit der gleichen Eindeutigkeit allen zu verstehen, die ihre Sicherheit und ihren inneren Aufbau bedrohen könnten.

Andererseits ist es indessen doch keine Frage, daß ihr Gegensatz zu *China* die Sowjetunion mehr und mehr an die Seite des Westens führt. Denn dieser Gegensatz hat sich auch in den letzten Wochen wieder eher verschärft als abgeschwächt. Die Russen lehnen es entschiedener als je ab, der chinesischen These entsprechend die revolutionäre Freiheitsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker mit dem vollen Einsatz ihrer Kräfte und Mittel zu unterstützen; die wirksamste Hilfe für die unterentwickelten Völker, so erklären sie, sei die Stärkung des Widerstandes der Arbeiterklasse in den altindustrialisierten Ländern gegen Kapitalismus und Imperialismus, dessen Schwächung von selbst auch die Voraussetzungen für den Aufstieg der ehemaligen und noch heute vorhandenen Kolonialvölker schaffe. Dieser Widerstand müsse aber in jedem Land gemäß den jeweiligen örtlichen und zeitlichen Bedingungen geleistet werden; wie die russische Arbeiterklasse ihre Befreiung aus eigener Kraft und gegen die Feindseligkeit einer ganzen Welt erkämpft habe, so müsse die Revolution in den übrigen Ländern ebenfalls Sache der fortschrittlichen Kräfte dieser Länder allein bleiben. Eine andere Kampfführung stärke nur die reaktionären Kräfte der kapitalistischen Staaten, wie es zum Beispiel der chinesisch-indische Grenzkrieg getan habe, der den Nationalismus und Militarismus in Indien gefährlich erhitze und die Feindseligkeit auch der übrigen Welt gegen China vermehrt habe. Auf keinen Fall dürfe *China* eine eigene Atomstreitkraft entwickeln; die sowjetischen Kernwaffen reichten vollkommen aus, um einem Angriff imperialisti-

scher Mächte auf die Chinesische Volksrepublik erfolgreich entgegenzutreten, während die Kräfte Chinas durch den ungeheuren Aufwand, den auf Jahre hinaus die Herstellung von Kernwaffen erfordere, nur unheilvoll geschwächt und Staaten wie Japan und Westdeutschland erst recht gereizt würden, mit amerikanischer Unterstützung eigene Atombomben und Ferngeschosse zu erzeugen.

Daß sich die Sowjetunion in diesem ihrem Kampf gegen China weithin auf gemeinsamem Boden mit den Vereinigten Staaten zusammenfindet, unterliegt keinem Zweifel — und Amerika bleibt eben für China der geschworene Feind, der sich mit allen konservativen und reaktionären Kräften besonders in Asien verbündet, um die «rote Gefahr» in diesem Weltteil zu bannen. Es ist darum auch keineswegs verwunderlich, daß Peking einen *Gegenstoß* in der Form einer *Besuchsreise* von Ministerpräsident *Tschu En-lai* und Außenminister Tschen Yi nach vorderasiatischen, nord-, west- und ostafrikanischen Staaten führt. Der Zweck dieser Reise ist gewiß weniger der, in Ägypten, Algerien und Marokko, in Kenia und Ghana, in Somalia und im Irak politische und wirtschaftliche Stützpunkte für China zu gewinnen, als die Sympathie und Unterstützung dieser Staaten bei den künftigen Auseinandersetzungen in der UNO wie besonders im Schoße der kommunistischen Internationale zu erlangen — soweit man überhaupt noch von einer internationalen Gemeinschaft der kommunistischen Parteien reden kann. Für Moskau ist das unangenehm und aufreizend, aber kaum ernsthaft gefährlich; es wird höchstens die sowjetisch-chinesischen Beziehungen noch weiter vergiften — und das ist einfach ein Jammer. Den wirklichen Gewinn wird nur der Weltkapitalismus haben, den doch die streitenden «Brüder» beide zu bekämpfen bemüht sein wollen . . .

Südostasien im Umbruch Vorderhand erleben die Vereinigten Staaten allerdings wenig Freude in ihrem Kampf gegen China als die kommunistische Vormacht in Asien. Die Mehrheit in der Versammlung der Vereinten Nationen gegen die Aufnahme der Pekingener Republik in die UNO steht auf schwachen Füßen. De Gaulle hat zwar kürzlich gesagt, eine diplomatische Anerkennung Chinas durch Frankreich sei «in naher Zukunft» nicht zu erwarten, aber der ehemalige französische Ministerpräsident Edgar Faure, der im Einverständnis mit dem Staatschef unlängst China besuchte, setzt sich dennoch nicht allein für die Anerkennung Chinas ein, sondern auch für seine Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen. Frankreich und seine früheren Kolonien haben im vergangenen Oktober in der UNO-Versammlung noch einmal mit Nein gestimmt, aber wenn diese 12 Staaten bei der nächsten Abstimmung mit Ja antworten, dann könnte China recht wohl die Zweidrittelsmehrheit erlangen, die für seine Aufnahme nötig ist. Die Chinesische

Volksrepublik genießt schon jetzt starke Sympathien bei den afrikanischen Nationalisten; mehr als die Sowjetunion auf jeden Fall.

Inzwischen heimst China in *Südostasien* beachtenswerte Erfolge ein, während die Vereinigten Staaten dort mehr und mehr an Boden verlieren. «Der von den USA gestützte antikommunistische Verteidigungsbau, der in diesem strategischen Raum mit großen Kosten und Mühen aufgerichtet worden ist, beginnt zu wanken», stellt ein Bericht aus Saigon in «US News & World Report» (22. Dezember 1963) ohne Umschweife fest. Vor allem in *Südvietnam* stünden die Dinge gar nicht gut. Die Vereinigten Staaten müßten sich bald entscheiden, ob sie sich von dort ganz zurückziehen oder mit noch stärkeren Kräften eingreifen wollten. Die gegenwärtige Entwicklung könne nicht weitergehen ohne eine Katastrophe für den Westen. Die Regierungstruppen verlören jetzt drei- bis viermal soviel Waffen an die Aufständischen als im letzten Sommer. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, mit den Kommunisten fertig zu werden, schwinde rasch dahin. Von 219 «strategischen Dörfern» (von den Amerikanern angelegte Stützpunkte) hätten 169 ihre Waffen gegen die Regierungstruppen gekehrt. Von einer planmäßigen Kriegführung könne überhaupt keine Rede sein. Ähnlich äußert sich ein Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 5337) aus Tokio: «Es besteht heute in Südvietnam keine Marschrichtung mehr, und es wird den amerikanischen Beratern immer schwieriger, die gegen den Kommunismus gerichteten Kräfte zusammenzufassen. Qualifizierte Kenner der Lage, die in den letzten Wochen Augenzeugen der Entwicklung in Saigon waren, scheuen sich nicht mehr, von einem ‚Prozeß des Abgleitens‘ zu sprechen.»

Aus *Laos* haben die Amerikaner ja bereits abziehen müssen; der dort herrschende Waffenstillstand zwischen den streitenden Parteien kann aber jeden Augenblick gebrochen und durch ein ausgesprochen linksgerichtetes Regime ersetzt werden.

Am Willen des Herrschers von *Kambodscha*, des Prinzen Norodom Sihanouk, sich offen an China anzulehnen, falls sein Neutralisierungsplan nicht verwirklicht werden könne, ist sowieso nicht zu zweifeln. Übelwollende Berichte, wie man sie auch in sonst sachlich urteilenden Blättern findet, schildern zwar den Prinzen als launischen, unsteten, ja hysterischen Charakter. «Das Größte, was ich über ihn hörte», so erzählt ein Mitarbeiter des «New Statesman» (27. Dezember 1963), «stammt von einem sowjetischen Beobachter, der gerade so sehr wie irgendein Amerikaner darauf erpicht war, die Chinesen von Kambodscha fernzuhalten: ‚Sihanouk ist wie ein kleines Kind‘, sagte er; ‚im einen Augenblick schreit es nach einer Klapper, im nächsten Augenblick nach Milch.‘» Aber Tatsache ist gleichwohl, daß Sihanouk von seinen sechs Millionen Untertanen vergöttert wird und daß sie ohne Bedenken mit ihm gehen werden, wenn er sich vollends ganz von der «Schutzherrschaft» der Amerikaner lossagt und seinen «buddhistischen Sozialismus» weiterführt, obwohl die Geldentwertung

fortschreitet und Handel und Wandel noch mehr als bisher notleiden. Wenn auch der Prinz kein Kommunist ist, soll er in privatem Kreis doch gesagt haben, sein Land müsse ohnehin den Chinesen zufallen, und wenn er freiwillig zu ihnen übergehe, werde er vielleicht bessere Bedingungen herauschlagen.

Daß eine solche Entwicklung in Kambodscha auch das benachbarte *Thailand* nicht unbeeinflusst lassen würde, ist mehr als wahrscheinlich. Der Tod von Marschall Sarit Thayarat hat die Vereinigten Staaten schon jetzt eines ihrer zuverlässigsten Satelliten beraubt; sein Nachfolger als Ministerpräsident, General Thanom Kittikachorn, steht nicht im Ruf eines «starken Mannes», und ein Staatsstreich junger neutralistischer Offiziere wird von manchen Beobachtern als keineswegs ausgeschlossen bezeichnet. Die 1954 von J. F. Dulles als Schutz- und Trutzbund gegen das Vordringen des Kommunismus gegründete Südostasiatische Vertragsorganisation (SEATO) scheint jedenfalls nicht mehr wirksam handlungsfähig zu sein (wenn sie es je war). Sie erlitt schon eine bedenkliche Erschütterung, als es ihren Mitgliedern nicht gelang, sich auf einen gemeinsamen Plan für die militärische Abwehr des Kommunismus in Laos zu einigen. Dann bekundete Pakistan offene Freundschaftsgefühle für China, während die Philippinen — ebenfalls Mitglied der SEATO — mehr Eifer im Kampf gegen den neuen, antikommunistisch ausgerichteten Staat Malaysia entwickeln als im Kampf gegen China und seine Verbündeten. Kurz, Südostasien ist in einem eigentlichen Umbruch begriffen, und man kann es dem Mitarbeiter von «US News» nachfühlen, wenn er seinen Bericht mit der bekümmerten Feststellung schließt: «Fast überall, wohin sich die Vereinigten Staaten wenden, sehen sie kritische Gefahren für ihre Verteidigungsstellungen in diesem ganzen strategischen Raum aufwachsen. Niemals in letzter Zeit ist der Ausblick für die USA in Südostasien so düster gewesen, wie er es heute ist.» Präsident Johnson wird schwerwiegende Entschlüsse zu fassen haben.

Kolonien werden Staaten Auch *Großbritannien* hat seine Sorgen in Südostasien. Indonesiens Diktator Sukarno führt seinen Kampf — um nicht zu sagen Krieg — gegen *Malaysia* planmäßig fort, mit dem Ziel, aus Indonesien, Malaysia und den Philippinen ein neues Staatswesen zu machen, das von allem Kolonialismus — englischem wie amerikanischem — frei wäre. Wenn er die Waffen dazu von der Sowjetunion erhält, wird die Lage der britischen Streitkräfte in dem malaysischen Gliedstaat Nordborneo schwierig werden, ohne daß sie auf Hilfe von anderer Seite zählen könnten.

Gleichzeitig verliert Großbritannien in Afrika die letzten großen Stücke seines einst weltumfassenden Kolonialreiches. *Kenia* ist am 12. Dezember 1963 völkerrechtlich unabhängig geworden. Mit dem Jahresende hat sich sodann die *Zentralafrikanische Föderation* endgültig aufgelöst. Njassaland und Nordrhodesien, die beide schwarze

Regierungsmehrheiten haben, werden im Lauf dieses Jahres auch nach außen hin selbständig werden; Südrhodesien, das Bollwerk weißer Herrschaft im zentralafrikanischen Raum, strebt ebenfalls nach gänzlicher Lösung von britischer Oberaufsicht. Da aber London nicht geneigt ist, ein unabhängiges Südrhodesien auf unabsehbare Zeit einer weißen Minderheitsherrschaft auszuliefern, drohen die südrhodesischen Draufgänger, sich auch gegen den Willen der britischen Regierung selbständig zu machen, und zwar noch vor den Unterhauswahlen, in der Hoffnung, mit einer konservativen Regierung noch eher fertig zu werden als mit einer Labourregierung. Nordrhodesien hat mit seiner mächtigen Kupferindustrie eine gediegene Grundlage für eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung, während Njassaland, das erst im Anfang seiner Erschließung steht, noch stark auf britische Hilfe angewiesen sein wird. Was Kenia betrifft, so sind dort Boden hunger und Arbeitslosigkeit die beiden großen, miteinander eng verknüpften Fragen, die die Regierung Kenyatta zu lösen haben wird. Dazu kommen die Auseinandersetzungen mit den im Norden und Nordosten von Kenia wohnenden Somalistämmen, die an der Republik Somalia einen starken Rückhalt in ihrem Streben nach Trennung von Kenia haben.

Ganz allgemein stehen aber fast alle afrikanischen Neustaaten vor Aufgaben, die sie ohne fremden Beistand kaum zu meistern imstand sein werden. «Wenn Afrika davor bewahrt werden soll, ein Elendserdteil zu werden», schreibt der «New Statesman» (13. Dezember 1963), «dann muß sein Produktionszuwachs von den gegenwärtigen 3,5 auf 5 Prozent erhöht werden, und das bedeutet, daß alle fortgeschrittenen Länder mindestens ein Prozent ihres Volkseinkommens für Hilfe an Afrika verwenden müssen. Der britische Beitrag ist zurzeit 0,6 Prozent. Die westliche Hilfe hat bisher größtenteils nur dazu gedient, politische Stetigkeit im Rahmen der alten Kolonialwirtschaft aufrechtzuerhalten. An den meisten Orten ist die Revolution gänzlich politischer Art gewesen; sie hat lediglich die Fremdherrschaft durch die Herrschaft afrikanischer Politiker ersetzt. Die Grenzen der Kolonialreiche, die wirtschaftlich oder volksmäßig nicht viel bedeuteten, sind beibehalten worden, und gleichzeitig sind die von den imperialistischen Mächten nur für bestimmte Zwecke geschaffenen Wirtschaftsbünde aufgelöst worden. Das Ergebnis ist, daß Afrika balkanisiert worden ist; nur wenige von den rund 30 Staaten sind wirtschaftlich lebensfähig, und ihre Schwierigkeiten sind noch vermehrt worden durch die Abwanderung geschulten europäischen Personals und das Aufkommen unbeholfener örtlicher Führungsgruppen, die die Lebenshaltung ihrer kolonialen Vorgänger, aber nicht ihre Erfahrung geerbt haben.»

Die Schaffung großer zusammenhängender Wirtschaftsgebiete in Afrika und deren planmäßige Entwicklung — so glaubt das Labourblatt — ist darum eine dringende Notwendigkeit. Wenn im Verlauf dieser Arbeit gewisse politische Regierungsformen fallen und neue

gesellschaftliche Gruppen sich bilden sollten, müßten die Wirtschaftspläne dennoch weitergeführt werden, auch auf die Gefahr hin, daß ihre Träger der Einmischung in politische Angelegenheiten bezichtigt würden. Ob die Vereinten Nationen sich dieser gewaltigen Aufgabe annehmen könnten, sei allerdings fraglich angesichts der Hemmungen, die in der Natur des UNO-Apparats selber lägen. Es werde darum in der Praxis auf die Zusammenarbeit von fünf westlichen Regierungen hinauskommen, die allein die Mittel und Kräfte für die großzügige, zweckmäßige Neugestaltung Afrikas hätten.

Ein verlockender Vorschlag — um so mehr als die Vereinten Nationen durch den Beitritt Dutzender von jungen, unterentwickelten und unerfahrenen Staaten noch schwerfälliger zu werden drohen, als sie schon bisher sind; man denke an die «Lösung» der Kongofrage. Gegenwärtig zählt die UNO bereits 111 Mitglieder; mit Sansibar und Kenia werden es bald 113 sein, und dann kommen wohl noch dieses Jahr, sobald ihre Unabhängigkeit gesichert ist, Malta, Njassaland und Nordrhodesien. Aber werden die fünf Großmächte, die für die moderne Erschließung Afrikas verantwortlich sein sollen — es dürfte sich um die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland und die Sowjetunion handeln —, sich wirklich auf eine Wirtschaftsplanung einigen können, die nicht einfach auf eine Art verkappten Neukolonialismus hinausliefe? Kann man sich die Zukunft Afrikas anders vorstellen als unkolonialistisch, unkapitalistisch, ja ausgesprochen sozialistisch? Und wird nicht gerade die Anwesenheit der jungen, von der Kolonialherrschaft wenigstens politisch befreiten Staaten Afrikas und Asiens in der UNO dafür sorgen, daß die Entwicklung in *dieser* Richtung geht?

Von Zypern zum Friedenspakt Daß mit der Gewährung staatlicher Unabhängigkeit an eine Großmachtkolonie noch lang nicht alles getan ist, was nötig ist, erfahren die Engländer gerade jetzt auch in *Zypern*. Es fehlt dort vor allem an einem gemeinsamen Staatsbewußtsein der beiden Volksgruppen, der griechischen Mehrheit (82 Prozent) und der türkischen Minderheit, so daß namentlich die Türken trotz ihrer Übervertretung in der Staatsverwaltung, in den Gemeindebehörden, in der Armee usw. ihrer «ererbten» Feindseligkeit gegen die andere Gruppe freien Lauf lassen und die Bemühungen des Staatspräsidenten Makarios, die Verfassung vernünftig abzuändern, mit äußerstem Mißtrauen, ja mit Gewalttätigkeiten beantworteten. Das Eingreifen einer kleinen britischen Militärtruppe hat zwar einen eigentlichen Bürgerkrieg verhindert, aber ob die demnächst in London zusammentretende Konferenz einen Ausweg aus der Sackgasse finden wird, in die Zypern geraten ist, erscheint fraglich. Eine Teilung der Insel in einen griechischen und einen türkischen Machtbereich wäre jedenfalls das Schlimmste, was beschlossen werden könnte; wenn aber dafür gesorgt würde, daß sowohl Griechen-

land als die Türkei sich jeder Einflußnahme auf die Geschicke Zyperns künftig enthalten, sollte es mit Vorsicht und Geduld doch möglich werden, daß sich so etwas wie ein zypriotisches Nationalbewußtsein bildet, hinter dem der Gegensatz Griechisch-Türkisch ebenso zurücktreten würde wie etwa in der Schweiz der Gegensatz (oder Unterschied) zwischen Deutsch, Welsch und Italienisch zurückgetreten, ja zu einer Quelle gegenseitiger innerer Bereicherung und Ergänzung geworden ist.

Und nun kommt gerade, während ich das schreibe, der Bericht über den Vorschlag der Sowjetregierung, es solle ein *Viermächtepakt* abgeschlossen werden, der die Anwendung und Androhung von *militärischer Gewalt* zur Erledigung von *Gebiets- und Grenzstreitigkeiten ein für allemal verbieten* würde. Die Botschaft hör' ich wohl — allein mir fehlt der Glaube, daß die Westmächte schon heute auf solch ein Ansinnen im Ernst einzutreten bereit wären. Sie werden das um so weniger tun, als Chruschtschew stark betont, daß eine Abänderung der Grenzen, wie sie als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges für Deutschland und Japan festgelegt worden seien, gar nicht in Frage kommen dürfe. Denn gerade eine solche Abänderung, verbunden mit einer radikalen Umkehrung der Machtverhältnisse besonders in Mittel- und Osteuropa, ist es ja, was seit mehr als anderthalb Jahrzehnten Kern und Stern der westmächtlichen Weltpolitik ist. «Befreiung Osteuropas und Ostasiens vom Kommunismus», das heißt Auflösung der kommunistisch regierten Staaten durch militärischen Druck oder nötigenfalls durch Krieg selbst — das ist doch das große Ziel, dem die sich frei heißende Welt mit wechselnden Mitteln unablässig zustrebt. Und nichts berechtigt uns zu glauben, daß sie bereits die völlige Aussichtslosigkeit ihrer «Politik der Stärke» eingesehen habe und auf die Weiterführung von Kriegsrüstungen zu verzichten gesonnen sei, die entweder nur Bluff sind oder, wenn sie im Ernst eingesetzt werden wollten, auch den Untergang der westlichen Gesittung bewirken müßten. Man wird es darum zum soundsovielten Mal erleben, daß der Moskauer Vorschlag als bloßes Propagandamanöver abgetan werden wird, als Versuch, Zwietracht in die westliche Welt zu tragen (die bekanntlich so einig ist) und die Abwehr der «Gefahr aus dem Osten» zu lähmen, damit Russen und Chinesen ihren Plan, die soziale Revolution in alle Länder zu tragen, desto sicherer verwirklichen könnten.

Und doch ist der Kern des sowjetischen Vorschlags so gesund und entspricht so sehr den Lebensnotwendigkeiten der Völker, wie das unter den heutigen Umständen überhaupt bei solchen Projekten möglich ist. Das werden sich auch die chinesischen Kommunisten sagen lassen müssen, die an der Moskauer Anregung wenig Freude haben werden und für sich selbst und andere freie Hand zur Führung von begrenzten Revolutionskriegen und nationalen Befreiungskämpfen verlangen. Militärische Gewalt als Mittel zur Erreichung irgendwelcher

Zwecke muß endlich aus der Politik aller Länder vollkommen verschwinden — das ist *die* große Forderung der Zeit. Nur in dem Maße, wie sie erfüllt wird, haben die anderen Begehren und Strebungen, die uns am Herzen liegen, Aussicht auf Verwirklichung, im besonderen das Sehnen nach einer Ordnung der Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Freiheit für das innere Leben der Völker. Wenn der sowjetische Vorschlag mithilft, diese Wahrheit dem heutigen Geschlecht unauslöschlich einzuprägen, sei er gepriesen. Mögen doch die freiheits- und friedensbegeisterten Mächte des Westens ähnliche «Propagandamanöver» ins Werk setzen!

6. Januar.

Hugo Kramer

An unsere Abonnenten!

Diesem Heft der «Neuen Wege» liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten Sie höflich um Überweisung des Abonnementsbetrages und erlauben uns, an die Ankündigung im Novemberheft 1963 zu erinnern, in der wir mitteilten, daß wir leider wegen Erhöhung der Druckkosten gezwungen sind, das Abonnement ab Januar 1964 zu erhöhen. Abonnement jährlich Fr. 25.—; halbjährlich Fr. 12.50; vierteljährlich Fr. 6.25.

Der Einzahlungsschein liegt aus technischen Gründen der *ganzen* Auflage der Inlandabonnenten bei, was diejenigen Abonnenten entschuldigen mögen, die den Abonnementsbeitrag bereits einbezahlt haben.

Recht herzlichen Dank allen Abonnenten und Freunden der «Neuen Wege», die auf unsere Bitte im Frühjahr 1963 auch im vergangenen Jahre der Sache treu zur Seite standen und durch Werben von neuen Abonnenten, durch Übernahme von Geschenkabonnements und durch freiwillige Beiträge in den Betriebsfonds das Weiterführen der Zeitschrift ermöglichten.

Die Erhöhung der Abonnentenzahl bleibt noch immer das Wichtigste, um die «Neuen Wege» zu sichern. Wir bitten deshalb um eifriges Werben von neuen Abonnenten und auch in diesem Jahre um freiwillige Beiträge in den Betriebsfonds. Probehefte stellt die Administration gerne gratis zu.